

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

205 (4.9.1907) Zweites Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementpreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.22 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzettelnummer: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 8 Uhr. Größere Anzeigen müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 205. Zweites Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 4. September 1907. 27. Jahrgang.

Haus der Residenz.

* Karlsruhe, 4. Septbr.

Arbeiter, lest nicht den Volksfreund!

Man schreibt uns: Abonnent die Badische Presse — um dadurch zu beweisen, daß ihr der unabhängigen und gelehrten Tageszeitung in Karlsruhe eure Interessenvertretung in jeder Beziehung anvertraut. Sehen wir uns deshalb den Inhalt dieser in 34 000 Exemplaren erscheinenden Zeitung etwas genauer an. Daß nur der Unwissende unpoleitisch handeln und urteilen kann, behauptet sich in wirtschaftlichen und politischen Fragen ebenso sehr, wie in ein wissenschaftlichen. Da aber diese Unparteilichkeit nicht vorhanden sein kann in der Leitung eines Blattes (auch des Wegeners Wissen müssen wir achten), so ist auch selbst der „General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden“ geistig nicht „unabhängig“ von einer politischen Richtung, sondern gehört, was die Erfahrung lehrt, den Sozialpartei, vor allen der nationalliberalen Partei an. Bekanntlich aber ist die nationalliberale Partei eine der reaktionären unserer Vaterlandes und wer daran zweifelt, der lese in der Willkürs-Ausgabe der Badischen Presse vom 3. v. M. (Nr. 356) folgenden „Leitartikelanfang“:

Die Monarchenbegegnung bei Swinemünde.

Karlsruhe, 3. Aug. Die heutige Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren Nikolaus wird von allen aufrichtigen Freunden des Friedens gern begrüßt werden, da sie ein herzlicher Ausdruck der guten Beziehungen der beiden Nachbarn ist und der Welt gegen die drohende europäische Kriegerallianz ein bedeutsames Zeugnis ihrer Gefährlichkeit zu nehmen ist.

Also um der Isolierungspolitik ein bedeutendes Zeugnis ihrer Gefährlichkeit zu nehmen, ist Deutschland genötigt mit dem Friedensgötzen an der Hand, der sein Volk durch seine Dummheit am Übergelände absolutistischer Monarchenherlichkeit zu beglücken verucht, in guter Beziehung zu stehen und alle aufrichtigen Freunde des Friedens begrüßen daher diese Zusammenkunft. Wo in aller Welt versteht man den arbeitenden Volke einen dreifachen Schlag ins Gesicht als durch solche deutsch-bürgerliche Journalistenbübler? Die Solidarität des Proletariats möchte eine leere Phrase sein, wenn die deutschen Arbeiter sich zu diesen „Friedensfreunden“ zählen und nicht geradezu eine Anstößigkeit gegenüber reaktionärer Regierungspolitik in derartigen Zusammenkünften sehen würden.

Das ist ein kleines Beispiel der Verdummungspolitik der Badischen Presse. Andere sollen folgen.

* Städtische Arbeiten.

Vergeben werden: Arbeiten für den Neubau der Mittelschule an der Gerhartstraße wie folgt: Entwässerungsarbeiten an A. Gerhartstraße, Instandhaltungsarbeiten an Gerhartstraße und Konforstraße, Glaserarbeiten an A. Wegner- und Konrad-Weg; Arbeiten zur Herstellung eines neuen Daches über dem Schalterraum des südlichen Elektrizitätswerkes in folgender Weise: Zimmerarbeiten an Wilhelm-Weiß-Witwe, Wiederaufbau an Josef Endler, Holzgerüstbau an Friedrich u. Witsch; ferner werden vergeben: die Arbeiten zur Herstellung einer Kanalstrecke unter dem neuen Bahndamm beim Bahnhof Veiterturm zum Zwecke der Abwasserleitung von der Firma A. G. Kraft Nachfolger; die Lieferung von zwei Motoren zum Antrieb der Seilwerke der Wasserwerkstätte im Gästewert II an die Firma Julius Witsch in Berlin.

* Schmeitplan.

Von verschiedenen Seiten wurde Frage darüber gestellt, daß in letzter Zeit auf dem hiesigen Wochenmarkt und auf dem Obstmarkt auffallend viel unreifes Obst feilgehalten wird, und mitgeteilt, daß dies eine Folge verschiedener Krankheiten der Obstbäume sein könnte. Das Bezirksamt-Pflanzdirektion wurde vom Stadtrat daraufhin ersucht, die polizeiliche Aufsicht über den Marktverkehr zu verstärken und — eventuell unter Zugrundelegung des § 5 der Wochenmarkt-Ordnung beziehungsweise den Bestimmungen der Obstmarkt-Ordnung entspricht, richtigerweise zurückzuführen.

* Verdächtige Betrugsfälle.

Die in Stuttgart, München, Karlsruhe und Pforzheim vorkommenden Fälle im heutigen ersten Halbe des vorbestraften Eisenbahner- und Chauffeur-Motiv Steinig aus Wien vor die Strafammer Karlsruhe. Der Angeklagte gab sich seiner Zeit in Stuttgart als Chauffeur eines Bezirksnotars in Stuttgart aus und erkundigte sich in einem Geschäftsbureau in Pforzheim um die Werte von 200 Mk. lieber den Empfang der Pneuematik stellte er eine Versicherung mit folgendem Namen aus. In München machte Steinig das gleiche Manöver und erlangte dadurch von einer Firma Pneuematik in Werte von 582 Mk. Mit seiner Beute begab sich der Angeklagte nach Karlsruhe, um sie in einem Automobilgeschäft zu veräußern, was ihm aber nicht gelang. Hier verfuhr er dann durch verschiedene Schwendelinge sich Geld zu verschaffen. Als er merkte, daß die Polizei ihn suchte, verließ er die Residenz und reiste nach Pforzheim. Dort ließ sich Steinig bei einem Fahrradhandwerker ein Velociped, das er gleich darauf für 30 Mk. verkaufte. Weiter, auch bei seiner bald darauf erfolgten Verhaftung, gab der Angeklagte solche Namen an. Das Gericht erlaubte gegen ihn wegen Betrugs, Urkundenfälschung und Hehlerei der §§ 360, 368 B. G. B. unter Anrechnung von 5 Wochen Untersuchungshaft auf 2 Jahre Gefängnis, 5 Wochen Haft und 3 Jahre Ehrverlust.

Haus der Partei.

Einen Windmühlenskampf gegen die junge Garde

führt zuerzeit oder vielmehr schon immer die Polizei im Reichsland; sie führt ihn mit demselben blinden Eifer und derselben — Ausrichtungsliebe, wie sie den Kampf um die Germanien führt. Für den Kampf um diese letzte Perle des Deutschtums hat der Reiter schon manchen Müher kennen gelernt. Mäße auch ein Ausfühler aus dem Kampf der elfährigen Polizei gegen die junge Garde hier Platz finden. In einer privaten Versammlung der jungen Garde einer elfährigen Stadt erschien zu später Stunde ein Polizeiaufgebot — außerhalb der Tagesordnung, wohlberemert! Die Herren machten sich dadurch bemerkbar, daß sie ebenfalls außerhalb der Tagesordnung — die Anwesenden nach ihren Einladungsarten fragten. Es war alles wohl versehen. Der Polizeikommissar ist doch allmählich zu bekant. Man stellt in einer Privatversammlung fest, daß einzelne ihre Einladung nicht haben und flugs ist das Verbrechen der Abhaltung einer nicht genehmigten öffentlichen Versammlung festgestellt. Darauf sieten also die Genossen nicht herein. Dagegen hielten sie es notwendig, die trockene Kontrolltätigkeit der Beamten durch heiteren Gesang anregend zu gestalten. Als passende Begleitung suchten sie — den Sozialisten — marsch aus. Anscheinend gefiel aber den Abgeordneten der Polizei der Sang nicht. Sie ließen zum Staatsanwalt und dieser leitete ein Verfahren gegen „Unbekannt“ ein, mit der Befehlsbefugnis, daß „Unbekannt“ die höfliche Singerei verurteilt habe. Den Unbekannten will man schwer strafen, so man ihn entdeckt. Unbekannt ist aber waterlandslos genug, sich nicht zu melden. Finden wird ihm eine hohe Behörde nicht. Und so bleibt es ungerochen, daß deutsche Beamte „verfungen“ worden sind.

Parteitag zu Essen 1907.

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

II. Bergarbeiterfrage.

Schwere Bergunfälle auf den Gruben Reden und Büllemün veranlassen die sozialdemokratische Fraktion auch noch eine eigene Interpellation einzubringen und den Reichstagsler zu fragen, welche Maßnahmen er zu treffen gedenke, um Grubenkatastrophen, wie die auf der Bede Borussia und in den eben genannten Bergwerken nach Möglichkeit zu verhindern. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion begründete wiederum S a c h s e diese Interpellation, indem er den Nachweis lieferte, daß im deutschen Bergwerk die Unfälle in einer erschreckenden Weise zunehmen. Sachse legte dem Reichstag ein außerordentlich reichhaltiges Material vor, und wies vor allen Dingen darauf hin, daß auch auf den fischelischen Gruben die Vorschriften der Berggesetzgebung nicht innegehalten werden. An seine Darstellungen knüpfte er unsere Forderungen, daß die Revierbeamten Hülfskräfte aus dem Arbeiterstande bekommen und daß diese Leute mindestens drei Jahre im praktischen Bergbau tätig gewesen sein sollen.

Der Staatssekretär Graf von Rosadow sk i h und die von der Regierung abgeordneten Kommissare waren nicht in der Lage, trotz aller Bemühungen, die Ausführungen Sachses zu widerlegen; der preussische Geheimrat Meißner sah sich sogar zu dem Geständnis gezwungen, daß Arbeiterkontrollleute, „wenn auch nicht viel, so doch immerhin manches“ verbessern könnten.

Privatbeamte.

Die Verhältnisse der Privatbeamten erfreuten sich, wohl nicht ohne Rücksicht darauf, daß die Privatbeamten ein zahlreicher Wählerkreis sind, einer besonders eingehenden Behandlung in der abgelaufenen Session. Die Nationalliberalen brachten eine Interpellation in Sachen der Verbesserung der Privatbeamten ein. In unserem Wirtschaftsleben haben die Privatbeamten wichtige Funktionen zu erfüllen. Dabei steht sehr oft, daß sehr viele Privatbeamte sich mit mehr als bescheidenen Gehältern abfinden müssen und in recht gebrühter Lebenslage sind; der sogenannte „neue Mittelstand“ ist in seinen Lebensverhältnissen unter den heutigen Umständen oftmals unsicherer daran, als industrielle Arbeiter. In Berücksichtigung dieser Umstände hat die Sozialdemokratie einen Antrag eingebracht, der eine Reihe von Forderungen zur Verbesserung der Verhältnisse der Privatbeamten enthält; um ein ganz sicheres Urteil über das, was ist, zu bekommen, haben wir zunächst Erhebungen durch den Beirat für Arbeiterstatistik verlangt.

Die von den bürgerlichen Parteien vielfach angelegte eigene Verbesserung der Privatbeamten würde mindestens ein Fünftel des Einkommens jener Leute als Beitrag beanspruchen. Daß das unter keinen Umständen geht, liegt auf der Hand. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion erklärte darum Genosse H e i n e, daß wir nur einer Reichsversicherung der Privatbeamten zustimmen, nicht aber die zu Versicherenden auf Privatversicherung hinweisen und damit zugleich den Privatversicherungen die Vorteile der Reichsversicherung zugeschoben wollen. Die Reichsversicherung muß auf Beiträgen der Privatbeamten selbst, der Unternehmer und auf Reichsgeldmitteln aufgebaut werden; selbstverständlich ist sie obligatorisch zu machen.

Berufs- und Betriebszählung.

Der Vorlage über die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 stimmte die sozialdemokratische Fraktion selbstverständlich zu. Ihr Vertreter, Genosse H o s c h, regte bei dieser Gelegenheit an, die Berufszählungen regelmäßig vorzunehmen, und zwar, da die wirtschaftliche Entwicklung heute außerordentlich rasch vor sich geht, längstens in 10-jährigen Perioden. Auch trat er dafür ein, daß bei der Vorbereitung der Fragebogen die Interessenten gehört würden, und zwar vor allem diejenigen, die am allermeisten im Betracht kommen, nämlich die Arbeiter. Ferner wies er darauf hin, daß die bisherigen berufszählungen aus irgend einem Grunde ausgefallen wurden, durch besondere Erhebungen regelmäßig unterzogen werden müssen; das bezieht sich vornehmlich auf die in gewissen Zwischenräumen möglichst genau zu vollziehenden Zählungen der Arbeitslosen. Auch hierfür empfahl er ein viel immineres Zusammenarbeiten der amtlichen Stellen mit den Gewerkschaften, als es bisher beliebt worden ist.

Der verlorene Sohn.

Vor einigen Tagen passierte in Oßpreußen in dem Kirchdorf F eine nette Kaufgeschäfte. Schon dreimal hatte der Ortspolizeichef den Wähler ausgesucht, um zu ermitteln, ob die angemeldete Kaufgesellschaft aus dem fast zwei Meilen entfernt gelegenen Waldorf Sch. mit Fassung, Gebamme und weiblichen und männlichen Vaten in dem bei der Kirche gelegenen Dorftrage noch nicht angelegt sei. Der Ortspolizeichef in W. hätte die Kaufgesellschaft für 11 Uhr vormittags festgelegt, belam jedoch die ganze Gesellschaft erst um 4 Uhr nachmittags zu Gesicht, aber auch nur zu Gesicht, in die Kirche trat keiner, trotz der energischen Aufforderung des Wählers. Im Dorftrage angekommen, hatte die Gesellschaft nämlich die Wahrnehmung gemacht, daß die Gebamme, voll des süßen Weines, auf dem Wege eingeschlagen, und der Fäustling irgendwo verloren gegangen war. Erst gegen Einbruch der Nacht fand man das Kind auf einer Welterubig schlafend. Der Junge hat nun den Namen „Der verlorene Sohn“. Die Kaufe fand erst am anderen Tage statt.

Kommunalpolitik.

Muggensturm, 1. Sept. Bei der am 30. August stattgehabten Gemeindevorwahlen wurden drei Zentrumskomitee und ein Liberaler gewählt; letzterer war auf unserer Liste. Das Stimmverhältnis war folgendes: ein Zentrumskandidat erhielt 40, zwei andere 33 Stimmen, der Liberaler ein und Genosse erhielt 23 Stimmen, mußten also stehen, wobei unser Genosse unterlegen ist. Unre belegen mitunterliegenden Kandidaten erhielten 31 und 23 Stimmen; 6 unterlegene Zentrumskandidat erhielt ebenfalls 31 Stimmen. Wie man aus dem Stimmverhältnis ersehen kann, stand es diesmal auf sehr und Knopf; wir sind mit dem Resultat voll und ganz zufrieden. Ist es doch ein starker Beweis dafür, daß wir das Vertrauen einer großen Anzahl Wegner besitzen, sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß es unsere Liste auf 32 Stimmen brachte, da wir nur die dritte Klasse mit 20 Mann im Vürgerausschuß haben. Wir werden auf die Wahlumtriebe der Wegner noch in einem andern Artikel zurückkommen, damit die Wärme einiger Geschäftsleute nicht in den Himmel waucht.

Bad. Rheinfelden, 2. Sept.

Lezten Freitag und Samstag fanden hier die Würgerausschuwahlen statt. Am Freitag wählte die 3. Klasse, am Samstag die 2. Klasse. Leider ist die sozialdemokratische Liste mit 5 Stimmen gegen die Zentrumskomitee unterlegen. In den beiden anderen Klassen siegte die Liste der Liberalen Partei. Das Zentrum arbeitete wieder mit der bekantesten Hintertreppepolitik. Aber auch unsere Genossen trifft einestheils die Schuld, daß wir unterlegen sind, da ein großer Teil es nicht der Mühe wert fand, zur Wahl zu gehen. Hoffentlich werden sich die Arbeiter in Rheinfelden ihrer Pflicht bewußt und wegen die Schlappe in 3 Jahren aus.

Haus dem Reiche.

§ 175.

In Friedrichsfeld hat sich auf dem Lebnungsplatz eines Regiments der Hauptmann Hagemann vom Infanterieregiment Nr. 68 (Rheinl.) erkundigt. Ein Zeitpunkt deselben Regiments ist kürzlich. Wie dem Vorwärts geschrieben wird, war der Hauptmann in ein Gerichtsverfahren verwickelt, das sich um den herkömmlichen § 175 des Strafgesetzbuches dreht. Der Hauptmann soll mit einem seiner früheren Vorgesetzten Strafbußgeld Verurteilung gehabt haben. Der Verurteilung hat nach Beendigung der Dienstzeit, obwohl ihm der Hauptmann eine Stelle verschafft, von diesem anbauend Geld erpreßt. Als der Hauptmann nicht mehr zahlen wollte oder konnte, drohte der Lumpgast mit einer gerichtlichen Anzeige. Der Hauptmann übergab das betreffende Schriftstück der Staatsanwaltschaft und der Verurteilung wurde wegen Erpressung und wegen Verleitung des Hauptmanns, der jeden Verurteilung eidlich bestritten hatte, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Nachträglich gelang es aber dem Verurteilten, Fungen für seine Verurteilung zu finden. Wegen des dann gegen den Hauptmann eröffneten Verfahrens hat dieser Selbstmord verübt.

Es handelt sich hier also um einen besonders krassen Beitrag zu dem traurigen Kapitel von dem Expreßparagrafen § 175.

Vor einigen Tagen passierte in Oßpreußen in dem Kirchdorf F eine nette Kaufgeschäfte. Schon dreimal hatte der Ortspolizeichef den Wähler ausgesucht, um zu ermitteln, ob die angemeldete Kaufgesellschaft aus dem fast zwei Meilen entfernt gelegenen Waldorf Sch. mit Fassung, Gebamme und weiblichen und männlichen Vaten in dem bei der Kirche gelegenen Dorftrage noch nicht angelegt sei. Der Ortspolizeichef in W. hätte die Kaufgesellschaft für 11 Uhr vormittags festgelegt, belam jedoch die ganze Gesellschaft erst um 4 Uhr nachmittags zu Gesicht, aber auch nur zu Gesicht, in die Kirche trat keiner, trotz der energischen Aufforderung des Wählers. Im Dorftrage angekommen, hatte die Gesellschaft nämlich die Wahrnehmung gemacht, daß die Gebamme, voll des süßen Weines, auf dem Wege eingeschlagen, und der Fäustling irgendwo verloren gegangen war. Erst gegen Einbruch der Nacht fand man das Kind auf einer Welterubig schlafend. Der Junge hat nun den Namen „Der verlorene Sohn“. Die Kaufe fand erst am anderen Tage statt.

Witwen- und Waisenversicherung.

Den am 13. Dezember 1906 abgelehnten Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1906 legte die Regierung am 6. März dem Reichstag fast unverändert wieder vor. Die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums und der polnischen Fraktion, stimmten der Vorlage ohne eingehende Kritik zu. Von unserer Seite sprach Genosse L e d e b o u r, der mit äußerster Schärfe die Politik der Regierung und die Haltung der bürgerlichen Parteien angriff und, gestützt auf ein großes Material, den Nachweis lieferte, daß auch die von der Regierung zunächst in Südafrika zurückbehaltene Truppengasl — rund 8000, später rund 5000 Mann — nach Lage der Dinge viel zu hoch gegriffen sei, wenn man damit nicht den Zweck verfolge, lediglich Geld in die Kolonien hineinzubringen. Mit besonderem Nachdruck wies Ledebour auf die Tatsache hin, daß, als die Auflösung des Reichstages wegen eines Mißbrauchs an den geforderten Krediten erfolgte, der Krieg in Südafrika tatsächlich bereits beendet war.

Die sichere Mehrheit für alle kolonialen Forderungen.

Die sichere Mehrheit für alle kolonialen Forderungen, die die Wähler der Regierung geschaffen hatten, hielt während der ganzen Dauer der Tagung zusammen. Unter diesen Umständen böten die Verhandlungen feinerle Liebertatschungen. Das hinderte unsere Vertreter, die Genossen W e b e l und L e d e b o u r, nicht, sowohl an der allgemeinen Kolonialpolitik, wie auch an den einzelnen Etats mit derselben Entschiedenheit und Gründlichkeit wie in früheren Sessionen Kritik zu üben. Die Regierung hatte nicht nur ein selbständiges Kolonialamt im Etat vorgegeben, sondern ergänzte ihren Vorschlag auch noch durch die Forderung eines kolonialen Kriegsministeriums. Webel warnte in einer eindringlichen Rede vor den Gefahren, die mit solchen Institutionen unvermeidlich verknüpft sind; sie bestanden einmal darin, daß die selbständige Kolonialverwaltung uns viel tiefer in Konflikte mit anderen Mächten bringen könnte als eine unter Kontrolle des auswärtigen Amtes stehende Verwaltung und sodann darin, daß die Schutztruppen allmählich zu einer wirklichen Kolonialarmee ausgebaut werden. Es gibt in Deutschland, wenn es auch wiederholt geäußert wurde, eine große Anzahl von „Welpolitikern“, die in der Schaffung einer Kolonialarmee ein Mittel zur Vermeidung der englischen Herrschaft erblicken. Daß diese Elemente eine Gefahr für den Weltfrieden sind, läßt sich nicht leugnen. Vorzugweise die entscheidenden Darlegungen Webels, denen Ledebour dann noch weitere hinzufügte, über diesen Punkt brachten es dazu, daß wenigstens die geforderte Stelle eines Generals an der Spitze des kolonialen Kriegsministeriums abgelehnt wurde. Ob dieser Erfolg unsere Kritik nachhaltig sein wird, steht dahin. Die neue Organisation der militärischen Abteilung des neuen Kolonialamtes erforderte allein einen jährlichen Aufwand von beinahe einer halben Million Mark. Das ist freilich eine Bagatelle im Vergleich zu den Lasten, die dem deutschen Volke bisher schon auferlegt worden sind und die Leitung der Kolonialverwaltung ihm fernerhin aufzubürden entschlossen ist. Aus den Denkschriften der Regierung läßt sich ersehen, daß in den nächsten Jahren nicht weniger als 396 Millionen Mark für koloniale Eisenbahnen aufgewendet werden sollen. Dabei mag man sich vergegenwärtigen, daß von 1895 bis 1900; die Kolonien an Reichsgeldschaften allein 225 Millionen Mark erfordert haben; dazu kommen die Expeditionen mit 222 Millionen Mark, Kaufschaffen mit 120 Millionen Mark und ferner die Ausgaben für den südafrikanischen Aufstand mit nahezu 500 Millionen Mark. Die Regierung behauptet zwar, sie wolle die Kolonien ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit überlassen; es liegt aber auf der Hand, daß das nur auf Kosten des Reiches geschehen wird, und es erhebt sich deshalb die Frage, wie lange das deutsche Volk noch einer solchen Verwendung der schwer aufzubringenden Steuererträge seine Zustimmung geben wird. Darüber kann der „Entschlußismus“ der Kolonialfreunde nicht hinwegtäuschen, daß diejenigen Parteien, die sich einer solchen ziellosen Ausdehnung kolonialer Unternehmungen entgegenstellen, auch bei den letzten Wahlen erheblich mehr Stimmen erhalten haben als die heutige Reichstagsmehrheit.

Rechtspflege.

Ueber Reform der Strafrechtspflege interpellierten das Zentrum und die Nationalliberalen und gaben dadurch dem Vertreter unserer Partei, dem Abgeordneten Stadthagen e n, Gelegenheit, die Notwendigkeit grundsätzlicher Reformen in unserem Justizwesen darzulegen. Stadthagen forderte unter anderem Anknäpferbarkeit und Unverjährbarkeit für die Richter, ihre materielle Vorsehtellung, gesetzliche Regelung des Aufstundes in höhere Wechseltufen und Schutz gegen Maßregelung durch das heutige Disziplinargericht mit seinen Kaufsbestimmungen, denn bei jedem Verurteilung der Reform des Gerichtsverfassungsgesetzes oder der Strafrechtspflege müßte das wenigste sein, die Richter völlig unabhängig zu machen. Verbesserungsbefürchtung wird aber auch in hohem Grade die Formen des Strafprozesses und des Strafvollzuges; besonders nachdrücklich verlangte Stadthagen eine neue Regelung der Untersuchungshaft.

Im Verlauf dieser Diskussion rügte Abgeordneter Geine, daß bei der Auswahl der Schöffen und der Geschworenen die Arbeiter so gut wie ganz ausgeschlossen wurden, so daß schon dadurch die Rechtsprechung durch den Charakter einer Klassenjustiz bekomme. Den Nachweis, daß unsere Rechtsprechung in vielen Fällen den Charakter einer Klassenjustiz angenommen habe, liefert Geine bei der Beratung des Justizetats. Er ging dabei im wesentlichen auf die Tatsache ein, daß die Rechtsprechung vielfach eine feindselige Haltung gegen die Bestrebungen der Arbeiterschaft auf Gebung ihrer wirtschaftlichen Lage zeige; er schilderte die Schikanen, mit denen man streikende Arbeiter belästige, zeigte die Drangsalierung des Koalitionsrechtes und geteilte die Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe in Sachen der „Erpressung“ und der „Drohung“. Seine energische Kritik trieb den Staatssekretär Dr. Wiederberg zu einer heftigen Erklärung, in der er aber doch zugestehen mußte, daß die Rechtsprechung des Reichsgerichtes auf dem Gebiete der Erpressung und des Koalitionsrechtes in der letzten Zeit zu manchen Ergebnissen geführt hätte, die in ihren Konsequenzen berechtigten Zweifel erwecken könnten. Auch gab er zu, daß die Bestimmungen unseres Strafgesetzbuches über die Erpressung ebenso wie die Festsetzung des Koalitionsrechtes in der Gewerbeordnung nicht so fest abgegrenzt sind, wie es geboten erscheint. Daher sah er sich zu der Anerkennung gezwungen, daß die Strafrechtsreform eine klarere Fassung und engere Abgrenzung der Paragraphen über Nötigung und Erpressung bringen müßte.

Einer konservativen Resolution auf Abänderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der von der Haftung des Tierhalters handelt, traten wir entgegen; dagegen stimmten wir einer nationalliberalen Resolution zur Verbesserung der Lage der Bauhandwerker zu, ebenso einem Antrag über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses, und einem Antrag, der sich mit der Haftung von Automobilbesitzern befaßt — diesem Antrag vorbehaltlich unserer Stellung zu einem besonderen Gesetze in Sachen der Haftung für Automobilunfälle. In eigenen Anträgen verfolgten wir das Recht der Zeugnisverweigerung für Mediziner und den Schutz der Immunität der Abgeordneten. Ferner strebten wir nach einer weitgehenden Haftung für Beamte; wir wollen nicht nur die Haftung der Reichsbeamten, sondern auch die Haftung der Staatsbeamten und der einzelnen Staaten durch Reichsrecht geregelt wissen; das ist der einzige Weg, um den vielfachen Schädigungen von Staatsbürgern durch übereifrige oder gewissenlose Beamte ein Ende zu bereiten.

Nachdrücklich trat für die Forderung der Arbeiter, nicht nur Objekte, sondern auch Subjekte der Rechtsprechung zu sein, Genosse Dr. Frank ein, der auch zu gleich eine Reihe von Einzelfällen zur Verlesung der Klassenjustiz wirkungsvoll vortrug. Im einzelnen behandelte er dann noch die Notwendigkeit einer Reform des Gefangenrechtes und den Zeugniszwang gegen Redakteure.

Militäretat.
Die Beratung des Militäretats gab, wie in früheren Jahren, so auch diesmal, unseren Rednern Veranlassung zu weitwärtiger Kritik des bestehenden Militärwesens. Der Reichstangler hatte in dem Heulleton, mit dem er die Generaldiskussion des Etats einleitete, unter anderem auch gesagt, er denke „an Ersparnisse im Heerwesen“. Als man später den Kriegsminister vor die Frage stellte, welche Ersparnisse denn demnächst zu erwarten seien, konnte man aus der Antwort heraus hören, daß er von jener Fassung des Reichstanglers entweder gar nicht oder nur mangelhaft unterrichtet gewesen sei. Er meinte, der Etat für das Reichsheer würde kleiner werden, — wenn die Landesbesetzungen fertig ausgebaut seien, wenn die Umweberung des Heeres und wenn die Beschaffung neuer Uniformen vollendet sei. Eine solche billige Ausrede ließ sich der Genosse Webel, der von unserer Fraktion zunächst das Wort ergriff, nicht gelten, machte vielmehr positive Vorwürfe.

Was die in jedem Jahre von neuem vorzubringende Klage über die Militärmissstände anlangt, so forderte Webel eine größere Sorgfalt bei der Einstellung geistig minderwertiger junger Leute, ferner aber auch eine Entlastung und Vervollständigung des Unteroffizierskorps, sowie Reformen des Militärgerichtswezens; hierbei tadelt er besonders, daß die Öffentlichkeit in einem immer größeren Umfange bei den Militärgerichtsverhandlungen ausgeschlossen wird. Ferner wies er darauf hin, daß der Rückgang in der Zahl der Militärdiensttauglichen eine erschreckende Mahnung für Reichstag und Regierung darstelle, durch sozialpolitische Maßnahmen großen Stiles einer Entartung unseres immer mehr industrialisierten Volkes entgegenzuarbeiten. Zum Militäretat hatte die Sozialdemokratie den Antrag gestellt, „den Reichstangler zu erforschen, in den Etat für das Jahr 1908 eine Erhöhung der Lösung der Mannschaften und Unteroffiziere der Armee einzustellen und die bisher den Mannschaften auferlegten Ausgaben für die Beschaffung vorrichtungsreicher Gebrauchsgegenstände ebenfalls auf den Etat zu übernehmen“. Dieser Antrag, der sich aus den Verhältnissen der großen Masse der Soldaten und der Unteroffiziere von selbst rechtfertigt, sich nur bei den konservativen Parteien auf Widerstand, war allerdings auch bei den anderen Parteien Anlaß, der Sozialdemokratie allerhand böse Absichten zu infundieren. Diesen Vorwürfen trat Webel sehr energisch entgegen.

Die Frage der Sozialpolitik durch das Militär, die Webel schon kurz gestreift hatte, führte dann Abgeordneter Roske noch näher aus. Er kam dabei auch auf die allgemeine Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus zu sprechen und wies die Verleumdungen, die uns gerade im letzten Wahlkampfe von den Gegnern besonders eifrig angehängt worden waren, zurück. Die Verhältnisse der Arbeiter in den Militärverhältnissen wurden, wie schon früher mehrfach, so auch diesmal vom Genossen Zubeil beleuchtet, der an den Mißständen eine eindringliche Kritik übte.

Marineetat.
Die Beratung des Marineetats — er kam erst wenige Tage vor Schluß des Reichstags an die Reihe — wurde in diesem Jahre mit unsäglichem Ueberfluge betrieben. Die Wechselforderungen, die der Etat zeigt, hielten sich im Rahmen des Plottengesetzes. Genosse Zubeil nahm die Gelegenheit wahr, die Arbeiterverhältnisse auf den kaiserlichen Werften zu schildern und gegen die unbillige Bevormundung der im Reichsbetriebe beschäftigten Staatsbürger Verwahrung einzulegen. Auch die kaiserliche Marine kann sich immer noch nicht zu der Erkenntnis aufschwingen, daß sie für den Arbeitslohn zwar ein Anrecht auf eine Arbeitsleistung erwirbt, nicht aber auf eine bestimmte Gewinnung des Arbeiters.

Postetat.
Bei der Beratung des Postetats erhob Genosse Singer gegen die Maßnahmen der Postbehörde eine Reihe von sachlichen Einwendungen: vor allen Dingen trat er für politische Bewegungsfreiheit der Beamten und für die Beschaffung von Korruptionsmöglichkeiten ein, wie sie in der Einrichtung sogenannter gehobener Stellen für Unterbeamte und in der Schaffung von

Ostmarkenzulagen gegeben sind. Die Gestaltung der Ostmarkenzulagen brachte in diesem Etat eine Ueberschätzung: von der Mehrheit des vorigen Reichstages waren alle Versuche der Regierung, Ostmarkenzulagen, die der preussische Etat eingeführt hat, auch im Reich nachzuahmen, so nachdrücklich und konsequent zurückgewiesen worden, daß die Regierung für den Etat von 1907 auf ihre Absichten nicht zurückzukommen gemagt hatte. Da kam ihr die neugeschaffene Mehrheit entgegen und ließ durch den Freiherrn von Camp in einer Resolution die Regierung auffordern, noch nachträglich die Ostmarkenzulagen in den Postetat einzuführen. Der Postetat, der sich der Pflichten einer „Regierungspartei“ offenbar bewußt zeigen wollte, ließ seine frühere prinzipielle Gegnerhaltung fahren; nur so viel Opposition brachte er noch auf, daß er beantragte, die Ostmarkenzulagen wenigstens als dauernde und unwillkürliche Gehaltszuschüsse einzuführen.

Bei der Abstimmung über die Resolutionen zum Postetat stimmten die Sozialdemokraten für frühere Schalterdienstschluß am Vorabend von Sonn- und Feiertagen; ferner für die Anrechnung des Nachdienstes in anderthalbfacher Höhe; endlich für die Einführung einer mittleren Beamtenklasse, die ein höheres Gehalt als die Unterbeamten bezögen würde, wobei dann aber die heute beliebte Einteilung der Unterbeamten in zwei Klassen aufzuheben hätte. Auch für ausgiebige Kostensparungen bei den Unterbeamten noch über die Ansätze der Budgetkommission hinaus, trat unsere Partei ein.

Die berufene Tat des Reichspostamtes, und auf dem Mannheimer Parteitag die Benutzung der postalischen Einrichtungen zu erschweren, geteilte Singer nach Gebühr schonungslos. Aus den verlegenen Wendungen des Staatssekretärs Kräfte, mit denen er sich gegen Singer zu verteidigen suchte, haben wir nur das eine hervor, daß er die Beamten der Reichspost vor der Gefahr behüten zu müssen geglaubt habe, durch etwa offenstehende Türen — etwas von den Verhandlungen des Parteitages zu hören. Die Erhabenheit dieses Standpunktes macht jedes Wort der Kritik überflüssig!

Versorgung der Reichsbeamten usw.
Nachdem im Jahre 1906 ein neues Gesetz über die Pensionierung der Offiziere und die Versorgung der Personen der Unterklassen des Heeres, der Marine und der Schutztruppen geschaffen worden ist, ließ sich eine neue Regelung der Versorgung von Reichsbeamten und Unterbeamten der Reichsbeamten und der Militärpersonen nicht mehr umgehen. Die Regierung legte drei Gesetzentwürfe vor, die darauf abzielten, einmal die materielle Lage der durch Alter oder Krankheit dienstlich untauglich gewordenen Beamten zu verbessern, gleichzeitig aber auch den Hinterbliebenen der Beamten und Militärpersonen eine erhöhte Fürsorge zuzuwenden. Der finanzielle Mehrbedarf für Pensionszwecke auf Grund dieser Gesetze wird auf etwa 7—8 Millionen zu schätzen sein. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Belastung unseres Volkes durch Beamten- und Militärpersonen allmählich einen bedenklichen Grad erreicht hat. Noch im Jahre 1888 betrug die Pension für die Beamten und Offiziere einschließlich der Militärgelehrten 42 Millionen Mark. Zwanzig Jahre später, im Jahre 1907, ist diese Last bereits auf 107 Millionen Mark angewachsen; dabei sind aber die Anwartschaften der Mannschaften mit 55,5 Millionen Mark, sowie die Veteranenbeihilfe im Betrage von fast 20 Millionen Mark noch nicht eingerechnet. Alles in allem beträgt die Pensionslast des Reiches im Jahre 1907 182 Millionen Mark, das heißt auf den Kopf der Bevölkerung nicht viel weniger als 3 M.

Unter diesen Umständen hielten es die Vertreter unserer Fraktion in der Kommission wie im Plenum für ihre Pflicht, gerade wie bei den Militärpensionsgesetzen auf die starke Bevormundung der oberen vor den mittleren und unteren Beamten hinzuweisen; daß für die große Schaar der Hinterbliebenen von untern und mittleren Beamten eine Verbesserung der Bezüge bei den außerordentlich geringen Preisen der Lebensmittel und der Wohnungskosten nicht zu umgehen war, konnte nicht bestritten werden. Die Fraktion hat den Gesetzentwürfen ihre Zustimmung gegeben.

Brandversicherer.
Den vor der Reichstagsauflösung unerledigt gebliebenen Gesetzentwurf über die Vemessung des Kontingentzuges für landwirtschaftliche Feuerereien brachte die Regierung von neuem ein; in Verbindung damit aber auch einen anderen Entwurf, nämlich den eines Gesetzes über Maßnahmen gegen den Ausbruch des Ertrages der Maischotbottichfeuer. Im ersten Teil wurde die Maischotbottichversicherung von 16 auf 12 Pf. für den Liter herabgesetzt, was ungefähr dem Ausbeuteverhältnis entspricht. Im zweiten Teil aber wollte sie einen sogenannten Ausgleichsfonds schaffen, das heißt eine feste Summe von 4½ Millionen Mark jährlich dazu verwenden, um den bisherigen Stipendien dieser Maischotbottichversicherer daraus „Entschädigungen“ zu zahlen. Daß wir einen solchen Gesetzentwurf nicht gutheißend werden, versteht sich ganz von selbst. Wir konnten nur dem ersten Teil des Gesetzentwurfes unsere Zustimmung geben, mußten aber den zweiten, der zwar die Reichssteuer ferner empfindlichen Abwärtelungen der Maischotbottichsteuer beharren will, aber den Agrariern an Stelle der wachsenden Liebesgabe eine feste Rente aussetzt, ablehnen.

Der Gesetzentwurf über die Reform der Maischotbottichversicherung wurde einer Kommission überwiesen, die mit ihren Beratungen bei der Verlegung des Reichstags noch nicht zu Ende gekommen war. In dieser Kommission befaßten sich die Agrarier mit allen Mitteln, die Verhandlungen zu verschleppen, um so die Profile aus der jetzigen Gestaltung der Maischotbottichversicherung noch länger einzufrieren. Da sowohl im Plenum als auch in der Kommission der scharfe Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und den freisinnigen Parteien auf der einen Seite, den agrarischen Parteien auf der anderen Seite nicht überbrückt werden konnte, da also bei dieser Gelegenheit die famose konservativ-liberale Paarung vollständig in die Brüche zu gehen drohte, so setzte auch die Regierung der agrarischen Verschleppungsaktiven keinen Widerstand entgegen. Als etwa 10 Tage vor der Verlegung des Reichstags die Mehrheit der Kommission ihrem Vorsitzenden die Vollmacht ausgestellt hatte, eine neue Sitzung erst dann einzuberufen, wenn es ihm gut scheine, versuchten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder in Verbindung mit den freisinnigen verbündeten Mitglieder der Kommission zu veranlassen, des Schutzes seiner agrarischen Mehrheit sicher, lehnte der Vorsitzende der Kommission, Abgeordneter Dr. Roske, der Direktor des Bundes der Landwirte, dieses Verlangen rundweg ab.

Nordostsektanal.
Der Vorlage, die nahezu 23 Millionen für die Verbreiterung des Nordostsektanals forderte, stimmte die Fraktion zu und zwar aus den gleichen Gründen, die sie bereits im Jahre 1898 veranlaßten, für den Bau des Kanals zu votieren. Man ging damals von der Voraussetzung aus, daß der Kanal für die Handelsmarine von großer Wichtigkeit werden würde; die Entwicklung hat dieser Auffassung recht gegeben. Im Namen der

sozialdemokratischen Fraktion sprach in der ersten Lesung Genosse Frohme, der sich energisch gegen die Behauptungen wandte, die besonders während der letzten Reichstagswahlbewegung gegen die sozialdemokratische Partei geäußert worden sind, daß wir nämlich gegen alle große Unternehmungen gewesen seien und uns insbesondere bemüht hätten, die Entwicklung von Handel und Industrie zu hindern.

In zweiter Lesung sprach Genosse Dieß im Namen unserer Fraktion und erläuterte unsere Haltung. Unsere Redner traten nachdrücklich dafür ein, daß bei dem Ausbau des Kanals das Wort wahrgemacht werde, staatliche Anstalten sollten Musteranstalten werden. Schon im Jahre 1886 hatte die Fraktion erklärt, daß man deutsche Arbeiter am Kanal beschäftigen und ihnen eine gute Bezahlung und gute Behandlung sichern müsse. Dieser berechtigete Wunsch hat aber zu jener Zeit nicht die geforderte Berücksichtigung gefunden. Darum verlangte Frohme, das Reichsamt des Innern solle beweisen, daß es ihm Ernst ist, im Submissionswesen Wandel zu schaffen und die Verhältnisse der Arbeiter zu bessern; vor allem bestand er darauf, daß die Regierung und die beauftragten Unternehmer die Arbeiterorganisationen anerkennen. Der Staatssekretär Graf Posadowsky entgegnete ihm, daß man ernstlich bedacht sein werde, er werde dafür sorgen, daß alles geschieht, was auf sozialpolitischen Gebiete nützlich ist; die großen Arbeitermassen angemessen unterzubringen, für die Erhaltung ihrer Gesundheit, für die Wohlthat in Krankheitsfällen zu sorgen, sie während ihrer Arbeitsleistung vor den Gefahren des Betriebes zu schützen, werde selbstverständlich eine der vornehmsten Aufgaben der Behörde sein. In der zweiten Lesung kam Dieß auf diese Uebersetzungen zurück, er kamte an, daß sie verständig seien, bemerkte aber, daß am 27. April 1907 der preussische Eisenbahnminister Breitenbach im preussischen Abgeordnetenhause das gerade Gegenteil davon ausgeführt habe. Breitenbach hat bei der Beratung des Etats der Wasserbauverwaltung ausdrücklich erklärt, daß in Preußen auf die Unternehmer eingewirkt werden solle, die ihnen übertragenen Arbeiten im weitesten Umfange durch ausländische Arbeiter besorgen zu lassen; er hat ferner gesagt, die Unternehmer sollten angehalten und kontrolliert werden, daß sie nicht durch Anrufe inländische Arbeiter heranziehen.

Auf diese Aufdeckung eines schreienden Widerspruchs zwischen den Erklärungen der Reichsverwaltung und der preussischen Regierung schloß Graf Posadowsky. Es wird demnach Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sein, darüber zu wachen, daß nicht die höchst arbeitserfeindlichen, rückwärtigen und gefährlichen Ansichten der preussischen Verwaltung bei dem Ausbau des Nordostsektanals maßgebend werden.

Handelsabkommen mit Nordamerika.
Eine endgültige Regelung unserer schwierigen Handelsverhältnisse zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist immer noch nicht gelungen. Dem Reichstag wurde am 7. Mai 1907 ein provisorisches Handelsabkommen vorgelegt, das auch von der Regierung nur als ein „vorübergehender Schritt“ bezeichnet wurde. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion begrüßte Abgeordneter Molkenbühr die Tatsache, daß es überhaupt zu einem neuen Vertrag mit den Vereinigten Staaten gekommen ist, wenn wir auch keineswegs verkennen, daß der Vertrag recht wenig bietet und erst die Zukunft lehren kann, wie weit eigentlich die Erleichterungen bei der Zollabfertigung, die versprochen wurden, loyal durchgeführt werden. Molkenbühr bemühte die Gelegenheit, um wieder einmal im allgemeinen auf die Schäden der Hochzollnerei hinzuweisen; in Nordamerika mehren sich die Anzeichen dafür, daß der Höhepunkt der Zollnerei bereits überschritten ist. Das muß auch uns ein Ansporn sein, unseren Kampf gegen die agrarische Handelspolitik in Deutschland mit allen Kräften fortzuführen.

Ausgehend von der Ueberzeugung, daß jeder Vertrag, der die friedlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Völkern fördert, zu unterstützen ist, trat die Sozialdemokratie für den Abschluß des vorgeschlagenen Handelsabkommens mit Nordamerika ein.

Schiffahrtsabgaben.
Am die Reichsregierung in der Frage der Schiffahrtsabgaben zur Stellungnahme zu zwingen, halte die Fraktion schon frühzeitig eine Interpellation eingebracht. Der Reichstangler entzog sich aber der Verantwortung, so daß unsere Vertreter gezwungen waren, die Angelegenheit bei der Etatsberatung zu veräuern. Genosse Dr. David griff bei der Behandlung des Etats für den Reichstangler die Frage auf, kennzeichnete das Verhalten der preussischen Regierung, die um den Agrariern die Vertenerung des ausländischen Getreides möglich zu machen, emsig bemüht ist, den Artikel 54 der Reichsverfassung aus der Welt zu schaffen, und legte die wirtschaftlich-politische und allgemein politische Bedeutung der Frage klar. Auf jene berechtigten Angriffe wühlte der Reichstangler, der unmittelbar darauf das Wort nahm, nichts zu entgegnen. Wir werden auch fernerhin mit der dringenden Gefahr zu rechnen haben, daß die Abgabenpflicht auf den deutschen Strömen den preussischen Agrariern zuliebe eingeführt wird.

Weinlese.
Weinbau und Weinhandel spielte in den Verhandlungen des Reichstags eine verhältnismäßig große Rolle. Mit wichtigsterischer Gewürde verfuhr der Abgeordnete Dr. Roske kurz nach Zusammenritt des Reichstags bei der Begründung einer Interpellation über die Vemessung des Gesetzes über den Verkehr mit Wein die Sache der Weinbauern als Sache des Bundes der Landwirte hinzustellen. Er holte sich dafür von unserem Parteigenossen Franz Josef Ehrhart eine derbe Absfuh. Im Namen unserer Fraktion vertat Ehrhart die Forderung des Vollzuges der Weinkontrolle durch die soldate Kontrolleure im Hauptamt im ganzen Gebiet des Reiches; ferner sprach er sich für Einrichtung von Lagerbüchern und auch für den Deklarationszwang aus, wofür ein gangbarer Weg gezeigt wurde.

Bei der Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern entspann sich dann noch einmal eine weit ausgelebte Weindebatte, in der von unserer Seite Dr. David das Wort ergriff. Er legte dar, daß die Frage der Weinkontrolle nur durch die Einführung einer allgemeinen strengen Nahrungsmittelkontrolle befriedigend gelöst werden kann. Was es freilich zu einer solchen durchgreifenden Neuaufichtung der Nahrungsmittelkontrolle, solle die Reichsregierung vor allen Dingen bemüht sein, Preußen zur Einführung einer rationellen Kellerkontrolle zu veranlassen.

Wahlfragen.
„Im Namen der Freiheit“ verteidigten die Mitglieder des Regierungsblochs das Verhalten der Regierung und im besonderen das des Reichstanglers während der Wahlen, denn — man dürfe ihn doch nicht schlechter stellen als irgend einen anderen Staatsbürger! Alle seine Mahregeln, angefangen vom berühmten Silberbriefchen an den Reichsverband und der Begründung eines Wahlfonds im Reichstagslexikon bis zu den Epifoden Eiderhoff und Herms, zu den samsten mittelmäßigen Sie-

geboten in der Wilhelmstraße und zu der Rede vom Wahltag des „nationalen Schweins“ fanden ihre Verteidiger im Reichstag, als bei der Begründung einer besonderen Interpellation (15. März 1907) unser Genosse R. Fischer, bei der Etatsberatung Webel und nach ihnen auch andere Fraktionsmitglieder sie nach Gebühr kennzeichneten. Reichstangler, Reichstangler, Kolonialamt, Oberkommando der Schutztruppen usw. usw. haben offen die Art von Wahltagelation betrieben, die der Reichstag bis dahin in konstanter Praxis als unzulässig bezeichnet hatte. Unbefangener Prüfung kann es nicht verborgen bleiben, daß eine große Reihe von Mandaten der Mehrheitsparteien wegen direkter Wahlbeeinflussung hätte für ungültig erklärt werden müssen. Auch bei der letzten Wahl sind an vielen Orten gräßliche Verhältnisse gegen Wahlgesetz und Wahlreglement vorgekommen. Die Fraktion schloß sich deshalb dem Verlangen nach Einführung von Wahlurnen mit automatischer Vorrichtung zur Vermischung der Wahlwert an und brachte einen eigenen Antrag auf Änderung des Wahlgesetzes ein.

Verschiedenes.
Aus den Einzelheiten, die bei verschiedenen Etats oder bei Gelegenheit anderer Beratungsgegenstände berührt wurden, heben wir folgendes heraus: In der Wohnungsfrage traten Brühne und Singer für Ausdehnung der Wohnungsfürsorge nachdrücklich ein; sie begründeten die Ansetzung von 4 Millionen zur Schaffung billiger Wohnungen für Reichsangehörige und stimmten dem Staatssekretär Grafen von Posadowsky in der Bemerkung des Erbbaurechtes bei. — Die Fraktion unterstützte auch die Anregung, den Reichsflus für die in einzelnen Orten unterhaltenen Fabriken und Anlagen kommunalrechtlich verpflichtend zu machen. — Unsere Unterstützung liehen wir den Bemühungen auf Sicherung des Wahlrechts bei Empfang freier ärztlicher Behandlung usw.

Anträge, Resolutionen und Interpellationen.
Die nachfolgende Liste enthält die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im ersten Abschnitt der laufenden Session eingebrachten Anträge usw. Die voranstehenden Ziffern geben die Nummer der Reichstagsdrucke an.

- Nr. 86: Interpellation Albrecht und Genossen, betreffend Einführung von Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen in Preußen.
- Nr. 94/106: Anträge Albrecht und Genossen:
- Nr. 94: Gesetzentwurf, betreffend das Recht der Versammlung und Vereinigung und der Koalition.
- Nr. 95: um Vorlage eines Gesetzesentwurfes, betreffend Maximalarbeitszeit.
- Nr. 96: Gesetzentwurf, betreffend Änderung der Gewerbeordnung (Wergarbeitsverhältnisse).
- Nr. 97: um Vorlage eines Gesetzesentwurfes, betreffend das Knappschaftsversicherungswesen.
- Nr. 98: um Vorlage des Entwurfs eines Reichsberggesetzes.
- Nr. 99: Gesetzentwurf, betreffend Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (Knappschaftskassen).
- Nr. 100: um Vorlage eines Gesetzesentwurfes, betreffend Einrichtung besonderer Schiedsgerichte zur Schlichtung von Rechtsstreitigkeiten zwischen ländlichen Arbeitern und ihren Arbeitgeber, sowie aus dem Gewerbeverhältnisse.
- Nr. 101: um Vorlage eines Gesetzesentwurfes, betreffend Regelung des Vertragsverhältnisses land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter und des Gefindes.
- Nr. 102: um Vorlage eines Gesetzesentwurfes, betreffend Regelung des Wohnungswesens.
- Nr. 103: Gesetzentwurf, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten und in Elsas-Lothringen.
- Nr. 104: Gesetzentwurf, betreffend die Entfaltung von Reichstagskommissionen zur Untersuchung von Tatsachen.
- Nr. 105: Gesetzentwurf, betreffend Änderung der Verfassung (Zeugnisverweigerungsrecht der Reichstagsmitglieder) und der Strafprozeßordnung.
- Nr. 106: Gesetzentwurf, betreffend Änderung des Strafgesetzbuches (Waffenselbstverleumdungs-Paragrafen).
- Nr. 120: Interpellation Albrecht und Genossen, betreffend Eingriffe von Behörden usw. bei der Reichstagswahl.
- Nr. 121/125: Anträge Albrecht und Genossen:
- Nr. 121: um Vorlage eines Gesetzesentwurfes, betreffend die Verhältnisse der Privatbeamten.
- Nr. 122: um Vorlage eines Gesetzesentwurfes, betreffend Änderung des Wahlgesetzes.
- Nr. 123: Gesetzentwurf, betreffend Änderung der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuches (Konkurrenzkauf).
- Nr. 124: Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Arbeiter des Baugewerbes.
- Nr. 125: Gesetzentwurf, betreffend die Haus- und Heimarbeit und die Hausgewerbetreibenden.
- Nr. 207: Resolution Albrecht und Genossen zur ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1907 — Nr. 9 der Druckfaden —. Etat für das Reichsamt des Innern. — Anlage 4. — Fortdauernde Ausgaben. Kapitel 7 Titel 1.
- Nr. 210: Resolution Albrecht und Genossen zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1907 — Nr. 9 der Druckfaden —. Etat für das Reichsamt des Innern. — Anlage 4. — Fortdauernde Ausgaben. Kapitel 7 Titel 1.
- Resolution Albrecht und Genossen zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 — Nr. 50, 215 der Druckfaden —.
- Interpellation Albrecht und Genossen, betreffend Veranlassung von Maßnahmen zur Verhütung von Grubenkatastrophen wie die auf den Jaden „Worussia“ bei Dortmund, „Meben“ bei Saarbrücken und „Willemin“ bei Kleinfelsen usw.
- Nr. 292: Albrecht und Genossen, Erlaß einer Bundesratsverordnung zur Regelung der Arbeitszeiten für Sütten- und Malverarbeiter.
- Nr. 319: Albrecht und Genossen, Etat der Reichsjustizverwaltung — Anlage 7. — Fortdauernde Ausgaben. Kapitel 65 Titel 1.

Die Fraktion hat, in nicht unerheblich schwieriger Lage als früher, nach besten Kräften die ihr anvertrauten Interessen zu wahren gesucht. Sie ist sich ihrer Verantwortung voll bewußt gewesen und hat, gestützt auf das Parteiprogramm, ihre Arbeit geleistet. Wenn die Gegner meinen, daß das Vertrauen zur Sozialdemokratie im Volke geschwunden sei, so haben schon die Nachwahl in Glauchau-Weerane, die bayerischen Landtagswahlen, die Hamburger Bürgerstimmwahlen und auch andere Gelegenheiten gezeigt, wie grundlos dieser Glaube ist. Wir wissen aber, daß es einer energischen, allumfassenden positiven Betätigung auf allen Gebieten, nicht zuletzt im Reichsparlament, bedarf, um dies Vertrauen zu verdienen und zu vermehren und dadurch die Erwartung der Gegner auszuheben zu machen. In diesem Sinne hat die Fraktion gearbeitet, in diesem Sinne wird sie weiterhin ihre Pflicht erfüllen.

(Fortsetzung folgt.)

Durch Gurren... hat, ist uns unbekannt. Es ist doch nicht Sache des Bürgermeisters, sich um solche Privatangelegenheiten zu kümmern.

Bruchsal, 3. Sept. In letzter Nacht gegen halb 12 Uhr erlöschten Feuerherde; in der Gemächlichen Fabrik... das Wohngebäude... abgebrannt.

Baden-Baden, 3. Sept. Zum Juwelenplatz... im Hotel... Schmuckstücke... Wert 4000 Mark...

St. Georgen, 3. Sept. Gestern wurde im Walde bei Ober... der in den fünfzig Jahren stehende... gefunden.

Ueber das Gewitter

In der Waldschüter... unter voriger... Gewitter... die südlichen Schwarzwald... die nördliche Richtung...

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 4. Sept.

Der Alkoholmißbrauch und die Polizeistunde. Der Stadtrat hat bekanntlich beim Bezirksamt beantragt, die Polizeistunde für Karlsruhe auf 2 Uhr nachts festzusetzen.

Gegen ein Einspruchsverfahren der nächsten Polizeistunde haben wir gemilderte Bedenken. Die Gelegenheit zum Genuß geistiger Getränke würde vermehrt und zahlreiche Personen, namentlich jüngeren Alters...

Nicht minder schwer wiegt die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der zahlreichen in den Gast- und Schankwirtschaften beschäftigten Personen. Ihnen würden noch weitere zwei Stunden der bekanntermaßen gesundheitschädlichen Nacharbeit...

wird sicherlich das Bezirksamt als eine seiner vornehmsten Aufgaben betrachten.

Es kann nicht bestritten werden, daß die Bedenken des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke die er gegen die Verlängerung der Polizeistunde ins Feld führt, auf recht fester Grundlage stehen.

Und dennoch müssen wir uns gegen die Petition wenden. Wir meinen, es solle endlich in Deutschland eine Zeit kommen, in welcher der Staatsbürger nicht mehr um 12 Uhr nach Hause geschickt zu werden braucht.

Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß die Frage der Polizeistunde eine Stände- oder Klassenfrage ist. Den Arbeiter schickt man jetzt in seinen Verkehrslokalen um 12 Uhr nach Hause, die sogenannten Arbeiter aber retten sich in die Cafés, in welchen sie vor der Polizeistunde sicher sind.

Wohin soll das führen.

Jetzt haben auch die Gewerbetreibenden beim Hauptprozeß bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen den Herausgeber der neuesten Hau-Praxis, den sogenannten Zeugen Kent, wegen Verleumdung erstattet.

Wiederbeginn des Schulunterrichts. Morgen Donnerstag, vormittags 8 Uhr, nimmt der Schulunterricht nach den Ferien seinen Anfang.

Wasserwerk. Zur Verdrängung des läudlich wachsenden Wasserverbrauchs in der Stadt wurden im vergangenen Jahre zwei neue Brunnen nebst zugehöriger Oberleitung im Wasserwerk erstellt.

dem Spritzenhaus in Veitshelm über eine 60 Zentimeter hohe Mauer in die etwa 2 Meter tiefer liegende Allee... und ließ bis zum Morgen liegen.

Niederlicher Arbeiter. Ein hiesiger Geschäftsmann schickte vor einigen Wochen einen seiner Arbeiter aus Anstalten nach Heidelberg, um dortselbst unter Leitung eines Tagelöhners eine Dacharbeit auszuführen.

Verfassungsverichte.

Gewerkschaften.

Stuttgart, 2. Sept. Am letzten Samstag Abend fand hierher eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung statt, in welcher die Genossen Kiese und Will über die Ergründung der freien Gewerkschaften und Gewerkschafts- und Parteipolitik sprachen.

München, 2. Sept. Im böhmisch-bayerischen Grenzort Oberhütte hat ein Eisenhüttenarbeiter 35 Gebäude eingeebnet.

Aus dem Reich.

München, 2. Sept. Im böhmisch-bayerischen Grenzort Oberhütte hat ein Eisenhüttenarbeiter 35 Gebäude eingeebnet.

Berlin, 3. Sept. Im Grunewald in der Nähe des Teufelsberg wurde gestern die 20jährige Eddy von und zu Mühlstein, die in der Charité als Krankenpflegerin tätig war, bemitleidet aufgefunden.

Vermischtes.

Explosion. In Denain (Frankreich) wurden 2 Arbeiter bei der Explosion eines Kessels getötet.

Verstärker Vater. In Köln hat der Arbeiter Antiqua seinen 11jährigen Sohn aus dem 2. Stock auf den Hof hinab geworfen, weil der Knabe eine Schulaufsatzarbeit nicht zu seiner Zufriedenheit angefertigt hatte.

Ein grauerregender Fall einer kanibalischen Mordtat hat sich in Hantawaddy in Birma (Indien) angegetragen. Zwei Birmanen sind beschuldigt, daß sie einen Mann und ein Weib getötet, geröstet und zum Teil verzehrt haben.

Letzte Post.

Die freisinnige Volkspartei. Berlin, 8. Sept. Zum Parteitag der freisinnigen Volkspartei liegen u. a. folgende Anträge vor: Antrag Dr. Wiener und Genossen zur Modifikation: Der Parteitag erklärt: Die freisinnige Volkspartei erstrebt, getreu dem Nationalen Programm von 1894, die Befestigung der nationalen Einigung Deutschlands, den Ausbau der politischen Freiheit und die Hebung der Wohlfahrt des gesamten Volkes.

Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag erklärt seine Zustimmung zu den Vereinbarungen der Frankfurter Konferenz vom 10. und 11. November 1908 und zu den Beschlüssen der drei linksliberalen Fraktionen des Reichstags, durch welche unter voller Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Parteien gemeinsames Zusammenarbeiten im Interesse der liberalen Sache ermöglicht ist.

Landtagswahl in Preußen. Berlin, 3. Sept. Bei der heutigen Landtags- und Reichstagswahl im Wahlbezirk Stabe 6 wurde der national-liberale Reichstags-Abgeordnete Selb-Berlin mit 182 von 211 abgegebenen Stimmen gewählt.

Die Affäre von Siedelchen. Freiberg i. S., 4. Sept. Der aus der Siedelchen-Verhandlung bekannte ehemalige Bürgermeister Partei wurde von der 1. Strafkammer wegen Betruges in 12 Fällen, Beamtenebeschuldigung in 6 Fällen und der Untreue in einem Falle zu 2 Jahren 9 Monaten Zuchthaus sowie 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Petersburg, 3. Sept. Die im Verchwörungsprozess zum Tode verurteilten Sineski, Kurkin und Kuznetsov begnadigt.

New York, 3. Sept. Heute hat der sensationelle Prozess gegen die Standard Oil Compagnie von New-York, deren Auflösung die von der Regierung angeordnete Klage verlangt, seinen Anfang genommen.

Marokko. Neuer Angriff auf die Spanier. Madrid, 3. Sept. Nach Meldungen aus Tanger ist das Lager, welches westlich von Casablanca von den Spaniern bezogen wurde, während der gestrigen Nacht angegriffen worden.

Vereinsanzeiger. Pforzheim. (Arbeitervereinsverein Freiberg.) Donnerstag, den 5. September, abends halb 9 Uhr: Beginn der regelmäßigen Sitzungen, wozu pünktliches und vollständiges Erscheinen erwartet.

Briefkasten der Redaktion. M. D. Wir haben den Artikel, dessen Aufnahme Sie wünschen, nicht erhalten. Schreiben Sie ihn noch einmal und er findet sofort Aufnahme.

Wasserstand des Rheins. Mittwoch, den 4. September, morgens 6 Uhr: Schusterinsel 2.14, gest. 9 cm, Rehl 2.60, gest. 8 cm, Maxau 3.93, gest. 3 cm, Mannheim 3.13 Meter, gest. 1 cm.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: H. Weichmann; für die Inserate: R. Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund Ged. u. Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Reeller Total-Ausverkauf

nur noch kurze Zeit Schluss Oktober

Wegen gänzlicher Geschäftsaufgabe anderweitiger Unternehmungen halber gewähre ich auf alle

Herren-Mode-Artikel

20-50% Rabatt.

Prince of Wales, Kaiserstr. 24

NB. Die hochelegante Ladeneinrichtung ist komplett zu verkaufen.

Cravatten
Kragen
Manschetten
Weisse Oberhemden
Bunte Oberhemden
Nachthemden
Feinwäsche
Unterzeuge
Garnituren

Besichtigen Sie meine Schaufenster

3618

Eine Versuch überzeugt Sie von der Preiswürdigkeit

Hüte
Mützen
Schirme
Stöcke
Portemonnaies
Manschettenknöpfe
Vorstednadeln
Kosenträger
Strümpfe
Handschuhe etc. etc.

Spiegel & Wels

Spezialabteilung für Knaben-Bekleidung

für den Schulbeginn beachtenswert ist unsere morgen erscheinende

Spezial-Annonce

Sonder-Verkauf von Knabenanzügen und einzelnen Knaben-Hosen.

Badischer Arbeiter-Sängerbund.

Am Sonntag den 22. September, morgens von halb 10 Uhr an, findet in Lahr die diesjährige

16. ord. Bundes-Generalversammlung

statt, wozu wir die Bundesvereine mit der Bitte um recht zahlreiche Beteiligung einladen.

Tagesordnung:

1. Wahl einer Mandatsprüfungskommission.
2. Geschäfts- und Kassenbericht.
3. Wahl einer Rechnungsprüfungskommission.
4. Beratung der eingelaufenen Anträge.
5. Wahl des Vororts.
6. Wahl des Orts der nächsten Bundesversammlung.

Freiburg den 1. September 1907.

Der Bundesvorstand.

Buffetmädchen, Küchenmädchen, Kindermädchen, Zimmermädchen,

auf sofort bei guter Bezahlung und Behandlung gesucht. Nur Mädchen mit gutem Charakter und guten Zeugnissen wollen sich melden. Die Stellen sind dauernd. Näheres

Stadtpark-Restaurant.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Zum Schulanfang

empfehle familiäre Schularartikel:

- ✱ Schreibhefte für Volks- und höhere Schulen,
- ✱ Reissbretter, Reisszeuge, Schulranzen mit 10 Proz. Rabatt.
- ✱ Andere Lehrmittel mit 5 Proz. Rabatt.

K. Siehegut

Marienstr. 92. Buchbinderei, Papierhandlung, Zirkel 24.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Meine Geschäftslokaltäten befinden sich von jetzt ab

13 Werderstrasse 13.

Carl Hummel, Hohlblecherei mit Kraftbetrieb.

Sacht, Radler! Gummiabschlag!

Mäntel, montiert unter Garantie, Mk. 3.90

Schläuche mit Garantie montiert, Mk. 2.90

Ratenern Mk. 1.40, Lenkungen Mk. 3.50, Glöden von 45 Bg. an, Hofenhalter 5 Bg., Radständer 95 Bg., sonst. Zubehör zu konkurrenzlos billigen Preisen. Erstklass. Fahrräder von 100 Mk. an, mit 30 Mk. Anzahlung und 8 Mk. Anzahlung. Alle Reparaturen werden von tüchtig. Fachmann prompt und billigst ausgeführt. — Vertreter von Stoermers Greif-Fahrräder.

J. Weiss, Fahrradhdg., Freiburg i. Br.

(Ettlinger) Klarastrasse 46 Telefon 1153.

Vorsicht

beim Einkaufe von Malzkaffee! — Es wird heutzutage dem Publikum vielerlei als „Malzkaffee“ angeboten! Nur der echte „Kathreiner“ in geschlossenem Paket mit Bild, Namen und Unterschrift des Pfarrers Kneipp und der Firma „Kathreiners Malzkaffee-Fabriken“ ist das von den Ärzten am meisten empfohlene vollkommene Getränk, das an kaffeeähnlichem Wohlgeschmack alle anderen Malzkaffees weit übertrifft!

Vorsicht

Gesangverein „Bruderbund“ Karlsruhe.

Unsere verehr. Mitglieder, welche bis jetzt noch nicht fotografisch aufgenommen sind, werden hiermit dringend ersucht, sich bis Sonntag den 8. September, früh 9 Uhr, bei Herrn Albrecht, Poststraße 10, einzufinden.

Die Aufnahme erfolgt kostenlos. Sonntag den 8. September Schlußtermin.

Der Vorstand.

Tüchtige Maler-Anstreicher gesucht.

Carl & Emil Lacroix.

Kleider werden von 6 Mk. an gemacht.

Lin Gramlich, Werderstr. 33.

Schneider gesucht

überlässiger, tüchtiger auf Grob- und Kleinstäd.

H. Bode, Kaiserstraße 225.

Stannend billige Damenstiefel.

Schnürstiefel Knopfstiefel Zugstiefel ohne Nahl in Boxkableder für nur 9 Mk.

Obige Stiefel in Wiedleder für nur 7 Mk.

(alles Leder). Jede Dame ist pass über Preis, Qualität und Passform.

Sohlen und Flecken für 2 Mk., genäht 2.10 Mk.

Bruder, Hirschstr. 10.

Zum Einmachen: la Weinessig

per Ltr. 30 Pfg., bei 5 Ltr. 25 Pfg. Bonkörner, Salicyl, Gewürze sowie sämtliche Artikel für die Einmachzeit billigst.

Apotheker Straus, Drogerie in Mühlburg.

Roharbeiter

erlässiger und zuverlässiger sucht

Keh. Brückner, Postfeldermacher.

Schlosser

für Eisenkonstruktionen, welcher nach Zeichnung und Angabe selbständig arbeiten kann und eine Kolonne zu leisten versteht, wird für dauernde angenehme Stellung gesucht. Besondere Bedingung.

Maschinenfabrik Ettlingen G. m. b. H. in Ettlingen i. B.

10,000 Uhren

Reparaturen seit 1900 ausgeführt, der beste Beweis meiner anerkannt beliebten und billigsten Reparaturwerkstätte, wenn man in Betracht zieht, daß ich dieselben alle persönlich allein ausführe.

Spezial-Reparatur-Werkstätte für Uhren jeder Art.

Joh. Träger, Uhrmacher, Kaiserstraße 17, Seitenbau 2. St. Streng reelle Behebung. Garantie für jede Uhr.

Gasherde.

Wegen Platzmangel werden sämtliche Gasherde mit 10 Proz. Rabatt so lange Vorrat reicht, verkauft.

Luisenstraße 45.

Gute Schlafstelle

ist an einem anständigen Arbeiter zu vermieten.

St. 809.6 Ludwig-Wilhelmstr. 15, 5. St. z.

Stannend billige Herrenstiefel

Hakenstiefel Schnallenstiefel Zugstiefel in Boxkableder für nur 10 Mk.

Alle obigen Stiefel in Wiedleder für nur 8 Mk.

Jeder Herr ist pass über Passform, Preis u. Qualität; in Sohlen und Flecken für 2.85 Mk. (genäht 5 Mk.).

Bruder, Hirschstr. 10.

Obst-Versteigerung.

Freitag den 6. September, vormittags halb 8 Uhr, wird das Obsttragnis im Stadtpark in Freiburg gegen Barzahlung öffentlich versteigert. Zulassung beim Gartenamt am Weinweg.

Stadt-Gartendirektion.

Eine 2-Zimmer-Wohnung

zu vermieten, im dritten Stod. Preis 250 Mk. Zu erfragen im neuen Stod bei Hebeis, Poststraße 12.

Ziehung 10.—12. September Weimarer Geld-Lotterie

3333 Gewinne zusammen Mk. 45000.

I. Haupttreffer bar Geld Mk. 20000 usw.

Losse à 1 Mk., 11 Stck. 10 Mk. 8339 empfiehlt

Carl Götz, Bankgeschäft — Karlsruhe. J. Antweiler, E. Dahlemann, Friedl. Ww., C. Graf, J. Jung, L. Michel, R. Morlock, P. Roth, G. Schneider, H. Vogel, E. Wegmann, Chr. Wieder, G. Zaehmann, H. Zöllner.

Vorschriftsmäßige Schularartikel.

Karlsruher Schulhefte in allen Nummern Umschlag dazu gratis.	Federn: „G“ à Dgd. 8 3/4 „T“ à Dgd. 5 3/4 „Röde“ à Dgd. 9 3/4 „Aluminium“ à Dgd. 12 3/4 „Kremer Börsen“ à Dgd. 18 3/4 „Kugelschreiber“ à Dgd. 12 3/4 „Federhalter“ 7 bis 55 3/4 „Hilfsfederhalter“ 90 3/4 bis 15 3/4	Datumstempel 48 3/4	Bleistifte: Weißblei à Dgd. 12 3/4 dito dunkelblau à Dgd. 14 3/4 Kedernholz à Dgd. 28 3/4 „Kubens“ Etüd 4 3/4 Dgd. 38 3/4 „Kaiser“ Johann Haber Etüd 5 3/4 Dgd. 48 3/4 „Deffin“ Johann Haber Etüd 7 3/4 Dgd. 70 3/4 „Kullan“ Johann Haber Etüd 9 3/4 Dgd. 90 3/4 Weißblei à Etüd 25 3/4 Schiefertafeln mit und ohne Ringe à Etüd 4 3/4 Rechenrollen 60 3/4 Rechenblech 3 3/4 Rechenblech à Flasche von 5 3/4 an Rechenblech von 8 3/4 an Rechenblech von 1.35 an	Lineale Dunststifte, mit und ohne Holz, à Dose von 8 bis 45 3/4 Farbkästen mit Stiften und Tinten, von 23 3/4 bis 2.50 3/4 Federboxen 10, 5 und 3 3/4 Griffelspitzer, Ia. 25 3/4 Griffelhalter 8, 5 3/4 Butterbrotpapier, 100 Blatt mit Decke 22 3/4 Schwämme 3 3/4 Schwammboxen 9 3/4 Kugelschreiber aus Metall, für jede Lampe passend 95 3/4 Federkasten (Schieber) große Auswahl von 8 3/4 an Collegmappen, Buchstich 35, 42, 58 3/4 Collegmappen, Buchstich, Doppeltaschen, groß 1.15 3/4
Rechnenblätter in Blechdose 1 Dgd. 4 3/4 in Pappe 3 Dgd. 8 3/4 in Pappe 12 Dgd. 20 3/4	Rechnenblätter: ohne Holz 2 Etüd 3 3/4 mit Holz 1 Etüd 2 3/4 Rechenmesser 90, 48 3/4 Rechenzeuge von 48 3/4 an Rechenzeuge von 40 3/4 an Verwahrungspinsel in allen Stärken, einfach und doppelt von 8 3/4 an Ordnungsmappen von 40 3/4 an	Rechnenblätter: Flasche 18, 5 3/4 Flasche 20, 8 3/4 von 4 3/4 an von 8 3/4 an Rechenblech 12, 8 u. 4 3/4 Rechenblech 23, 7 u. 5 3/4 Rechenblech 9 u. 7 3/4 Rechenblech 15 3/4 Rechenblech 16 3/4	Schulranzen für Knaben und Mädchen in enormer Auswahl von 58 3/4 an	

Geschwister Knopf.

Hosenträger

erlässigste Fabrikat, empfiehlt in großer Auswahl zu billigen Preisen.

H. Oswald, Schützenstr. 42.

Billiger Möbelverkauf.

Chiffonier, pol. 85 Mk., Vertikal 20 Mk., Tisch, eichen 12 Mk., Stühle 2.80 Mk., Bettladen 12 Mk., Küchenschrank 20 Mk., Tisch 4 Mk., Divan, Kameeltischbezug, 60 Mk., Radstift 6 Mk., Schreibtisch 80 Mk., Spiegel 2.50 Mk. und noch Vieles billig.

2851 10 Durlacherstraße 55.

Durlacherstr. 20, 5. St. (Eck)

Bücherstr. 10, ist ein möbl. Zimmer zu vermieten. Preis monatlich 9 Mk.

Schützenstr. 93, 3. St., ist ein möbl. Zimmer auf die Morgenstr. gehend, an selben Arbeiter billig zu vermieten.

8016

Zweitschlagverkauf! Donnerstag nachmittags von 2 Uhr an im Garten Kaiserallee 58.

Fraulein empfiehlt sich im Kleidermachen.

8020 Luisenstraße 43.